

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport	Datum 11.12.2008
	Schriftführerin Frau Weymans
	Telefon-Nr. 02202/14-2554
Niederschrift	
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	Sitzung am Dienstag, 25. November 2008
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 17:55 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Bestellung einer Schriftführerin**
648/2008
- 3. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 4. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 09.09.2008 - öffentlicher Teil -**
653/2008
- 5. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 6. Mitteilungen des Bürgermeisters**

7. **Haushalt 2009 des Fachbereiches 4 - Bildung, Kultur, Schule und Sport**
667/2008
8. **Sozialpädagogische Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsmaßnahmen für Kinder in der Sekundarstufe I**
644/2008
9. **Raumprobleme der Wilhelm-Wagener-Schule**
688/2008
10. **Benennung von städtischen Vertretungen für die Bildungskonferenz**
690/2008
11. **Feststellung des Jahresabschluss 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "GL Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach**
600/2008
12. **Fortbildung in der Musikschule**
612/2008
13. **Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der Volkshochschule**
624/2008
14. **Kulturprojektförderung 1. Halbjahr 2008**
650/2008
15. **Antrag der SPD-Fraktion vom 26.08.2008 zur Ausweitung der Schwimmzeiten im Schulschwimmbad Mohnweg**
649/2008
16. **Anträge der Fraktionen**
17. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil -**

2. **Mitteilungen des Vorsitzenden**

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

4. **Besetzung von Funktionsstellen an städtischen Schulen**

5. **Anträge der Fraktionen**

6. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Herr Dr. Miede begrüßt sodann den Kämmerer Herrn Mumdey, die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die nichtanwesende Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden bzw. stellvertretenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Er teilt mit, dass ab der nächsten Sitzung der Integrationsbeirat durch eine neue Vertreterin vertreten werde.

Herr Dr. Miede tritt in die Tagesordnung ein.

2 Bestellung einer Schriftführerin

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport bestellt Frau Petra Weymans zur Schriftführerin.

3 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Herr Willnecker möchte zu TOP 17 – Erstellung eines Sportentwicklungsplanes - wissen, wie hoch die fixen Kosten der Verwaltung, enthalten in den 60.000 €, per heute seien.

Da eine sofortige Beantwortung der Frage nicht möglich ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll nachgereicht.

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

Nachrichtlich:

Es werden für die Verwaltung außer anteiligen Personal- und Portokosten keine zusätzlichen Kosten entstehen. Fixkosten für die Verwaltung sind daher in den 60.000 € nicht enthalten.

4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 09.09.2008 - öffentlicher Teil -

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

5 Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

6 Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Dr. Speer verweist zunächst auf die schriftliche Mitteilung bezüglich des Turnhallenneubaus an der Gemeinschaftsgrundschule Gronau. Ferner teilt er mit, dass die Stadt Bergisch Gladbach in Zusammenarbeit mit der Kreativitätsschule beim Landeswettbewerb „Kommunales Gesamtkonzept“ einen Preis gewonnen habe. Das prämierte Konzept sei sehr wegweisend für die Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen Jugendhilfe und Schule bezüglich einer Bildungsvorstellung unter dem Stichwort „Lebenslanges Lernen“. Weiterhin weist er darauf hin, dass das Quellenheft zur nationalsozialistischen Geschichte in Ergänzung zur Stadtgeschichte erschienen sei. Er dankt Herrn Dr. Albert Eßer für die geleistete Arbeit. Zuletzt entschuldigt er Herrn Martmann, der aus gesundheitlichen Gründen nicht an dieser Ausschusssitzung teilnehmen könne.

Herr Willnecker begrüßt den Bau der Turnhalle. Die CDU-Fraktion erwarte aber bei der Durchführung der Baumaßnahme eine ständige enge Absprache mit allen Betroffenen inklusive der Vereine.

7

Haushalt 2009 des Fachbereiches 4 - Bildung, Kultur, Schule und Sport

Die SPD-Fraktion schlägt vor, die Annahme des vorgeschlagenen Haushaltes für den Fachbereich 4 zu beschließen und im Rat verabschieden zu lassen. Herr Schneeloch meint, alle seien sicherlich der Meinung, dass dies angebracht und dem Wohle der Stadt dienlich sei.

Die CDU-Fraktion beantragt, diese Beschlussvorlage in eine Mitteilungsvorlage umzuwandeln, da die Haushaltsberatungen noch nicht abgeschlossen seien.

Herr Dr. Mieke meint, dass doch beraten werden müsse, um den Teilhaushalt FB 4 für den Finanz- und Liegenschaftsausschuss und den Rat vorzubereiten.

Herr Neu entgegnet, dass jedes Jahr so verfahren werde. In den letzten acht Jahren sei die Diskussion immer in den Finanz- und Liegenschaftsausschuss und in den Rat gegeben worden, um dann endgültig entscheiden zu können.

Herr Dr. Mieke sieht bezüglich dieser Vorgehensweise keine Probleme und fragt, ob es Einwände gebe.

Herr Gerhards teilt mit, dass er keine Einwände, aber noch eine Frage an die Verwaltung habe. Wie bereits schon im Jugendhilfeausschuss möchte er auch in diesem Ausschuss die Frage stellen, wie die Verwaltung sich denn die weitere Planung bei der Entwicklung der Kennzahlen – der haushaltszielbezogenen Kennzahlen - vorstelle. Auf Rückfrage von Herr Dr. Speer präzisiert er seine Frage dahingehend, ob die Verwaltung der Meinung sei, dass die Kennzahlen, die die Verwaltung mit dem Haushalt vorgelegt hat, ausreichend seien.

Herr Dr. Speer erläutert, dass man gerade am Anfang der Entwicklung eines Systems der Kennzahlenentwicklung stehe und dies fortentwickelt werden müsse. Im Bereich der Bücherei habe man schon versucht, echte Kennzahlen zu liefern. Ein Kennzahlensystem solle entwickelt werden, das auch für die Controllingberichte entsprechend genutzt werden könne.

Auf Nachfrage von Herrn Gerhards, ob denn schon konkrete Planungen für das nächste Jahr beständen, teilt Herr Dr. Speer mit, dass dies noch nicht der Fall sei.

Der ABKSS fasst einstimmig, bei drei Enthaltungen von Bündnis 90/Die Grünen und BfBB, den folgenden Beschluss **gemäß des Beschlussvorschlages der CDU-Fraktion:**

Die Beschlussvorlage wird in eine Mitteilungsvorlage umgewandelt.

Frau Appel und Frau Reudenbach treffen ein.

Herr Dr. Miege gratuliert Frau Appel zu ihrer hohen Auszeichnung.

8 Sozialpädagogische Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsmaßnahmen für Kinder in der Sekundarstufe I

Herr Willnecker erklärt, dass die CDU-Fraktion dieser Beschlussvorlage zustimme. Das Geld für die Betreuungsform solle erhalten bleiben.

Frau Winkels erklärt ebenfalls die Zustimmung der SPD-Fraktion. Sie habe jedoch noch einige Fragen:

1. In der Fußnote auf Seite 19 sind verschiedene Schulen aufgezählt, die immer noch kein Betreuungsangebot vorhalten. Frau Winkels möchte wissen, ob dies immer noch aktuell sei. Herr Dr. Speer bejaht dies.
2. Auf Seite 20 steht, dass die Landesregierung in den Jahren 2009 und 2010 zusätzlich rund 175 Mio. Euro aufbringt. Sie fragt an, wie das Geld aufgeteilt werde und was davon die Stadt Bergisch Gladbach konkret pro Jahr bekäme. Herr Dr. Speer teilt mit, dass die Stadt Bergisch Gladbach 265.000 Euro aus dem 1.000-Schulen-Programm für diese Maßnahme beantragt habe.
3. Unter Ziffer 3 steht ferner, dass alternativ Lehrerstellenanteile in Anspruch genommen werden können. Frau Winkels möchte wissen, ob dies für alle Schulen in Bergisch Gladbach in der Sekundarstufe I gelte, ob es schon Schulen gebe, die diese Lehrerstellen beantragt haben und wenn ja, in welcher Höhe und in welcher Gruppierung. Herr Dr. Speer führt aus, dass generell alle Schulen Lehrerstellenanteile beantragen können. In Bergisch Gladbach hätten bereits das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium und das Gymnasium Herkenrath diesen Antrag gestellt.
4. Unter Ziffer 4 – Voraussichtlicher Bedarf – steht, dass es derzeit an 14 städtischen Schulen in der Sekundarstufe I Übermittagsbetreuung gibt. Frau Winkels möchte wissen, welche Schulen dies seien, und ob insbesondere das Kleefeld dazu gehöre. Herr Dr. Speer teilt mit, dass das Nicolaus-Cusanus-Gymnasium, das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, die Hauptschule Ahornweg, das Gymnasium Herkenrath, das Otto-Hahn-Gymnasium, die Otto-Hahn-Realschule, die Johannes-Gutenberg-Realschule und die Wilhelm-Wagner-Schule „Dreizehn Plus-Schulen“ seien.
5. Frau Winkels möchte noch wissen, ob es zu der auf Seite 21 erwähnten Bedarfseinschätzung schon Ergebnisse gebe. Herr Dr. Speer teilt mit, dass die Ergebnisse der Elternbefragung noch nicht vorlägen.
5. Frau Winkels letzte Frage betrifft das Landesprogramm Geld oder Stelle (Seite 23). Aus der Vorlage gehe hervor, dass maximal die Hälfte des jeweils seitens des Landes

gezahlten Geldes zur Verfügung stehe. Sie möchte wissen, warum nur die Hälfte bzw. was dies bedeuten würde. Herr Dr. Speer erläutert, dass der erste Absatz von Ziffer 6 sich auf die bisherige Haushaltsplanung des Jugendamtes für das Programm „Dreizehn Plus“ beziehe. Mittel für alle 14 städtischen weiterführenden Schulen seien im Umfang von 2 Gruppen á 2.500 Euro vorgesehen gewesen. Real hätten aber nur 8 Schulen für insg. 14 Gruppen Mittel beantragt. So werde derzeit auch gefördert. Theoretisch hätte man aber insgesamt 28 Gruppen fördern können. Würde man weiterhin von 28 Gruppen ausgehen, wären 70.000 Euro erforderlich. Für die Planung habe man sich an den bisherigen Daten orientiert. Dazu sei eine Ausweitung um sieben weitere Gruppen eingeplant. Über eine Entwicklung des Bedarfes gebe es derzeit noch keinen Überblick. Betreut werden können bis zu 25 Kinder pro Gruppe, so dass jeder Schule, wenn man idealtypisch die Höchstzahl dieser zu betreuenden Kinder unterstelle, 2.500 Euro zur Verfügungen ständen, d.h. ca. 100 Euro pro Kind.

Herr Buchen erklärt zu Punkt 3 der Beschlussvorlage, dass man mit dem Programm noch am Anfang stehe. Damit kein Angebot eingestellt werden müsse, befürworte man schon für das kommende Jahr das Programm. Allerdings werde noch weiterer Entwicklungsbedarf vor allem bei den Qualitätskriterien und bei der Konkretisierung der strategischen Ziele gesehen. Vor allem müsse die Jugendhilfe eingebunden werden. Zusätzlich bitte er darum, dass, sobald Ergebnisse über die Entwicklung vorlägen, diese dem Ausschuss zur Kenntnis gebracht werden.

Frau Beisenherz-Galas teilt mit, dass Bündnis 90/Die Grünen das ganze Paket grundsätzlich begrüßen. Es sei absolut ein Schritt in die richtige Richtung. Ferner sei man erfreut darüber, dass diese Nachmittagsbetreuung jetzt relativ energisch angegangen werde. Allerdings kritisierte sie die zu geringe finanzielle Unterstützung von 200 € p.a. für die verlässliche Betreuung eines Kindes in der Sekundarstufe I. Für eine wirklich verlässliche Betreuung in Zukunft solle bzw. müsse sogar mehr Geld zur Verfügungen stehen. Sie merkt an, dass es laut Sachdarstellung erforderlich sei, durch Umschichtung verstärkt Mittel für die Betreuung der Kinder in den weiterführenden Schulen zu erwirtschaften. Sie möchte wissen, wie dies geschehen solle bzw. was sich hinter der Umschichtung verberge.

Herr Dr. Speer teilt mit, dass er die Beantwortung dieser Frage an den Fachbereich 5 weiterleiten werde, der dieses Budget verwalte. Zusätzlich merkt er noch an, dass der Jugendhilfeausschuss diesem Beschlussvorschlag einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt habe.

Dr. Miede merkt an, dass ein Wille gegeben, aber kein Geld vorhanden sei.

Frau Koshofer teilt mit, dass die FDP-Fraktion ebenfalls froh ist, dass das Programm so angegangen werde. Es sei einfach wichtig, dass überhaupt etwas in dieser Richtung gemacht werde. Jeder wisse ja, wie schwierig es sei, Geld in diese Richtung zu bringen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

1. *Das Programm „Sozialpädagogische Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsmaßnahmen für Kinder in der Sekundarstufe I“ löst ab dem 01.02.2009 die städtische Förderung der Gruppen, die nach dem Landesprogramm „Dreizehn Plus*

- Sek. I“ gefördert wurden, ab.*
- Die finanzielle Förderung durch die Stadt erfolgt im Schuljahr 2008/2009 analog den Regeln, wie sie bisher in Ergänzung des Landesprogramm „Dreizehn Plus Sek. I“ (2.500 € pro Gruppe p. a.) gelten. Für die Weiterführung der bestehenden 14 Gruppen sind in der zweiten Schuljahreshälfte (ab dem 01.02.2009) 17.500 € vorzuhalten.*

Für das Schuljahr 2009/2010 ist der bislang geschätzte Bedarf zu überprüfen. Sollte sich aus der Bedarfsprüfung ergeben, dass es einen über das derzeitige Angebot hinausgehenden Bedarf gibt, wird die Verwaltung in enger Abstimmung mit den Schulen den Ausbau der Tagesbetreuung an Schulen in der Sekundarstufe I bewirken. Um im Jahr 2009 handlungsfähig zu bleiben, soll für einen bedarfsgerechten Ausbau von Gruppen zunächst Mittel in Höhe von 52.500 € bereitgestellt werden. Damit können 7 weitere Gruppen an städtischen Schulen im finanziellen Rahmen der bisherigen Förderung der „Dreizehn Plus Sek. I“ - Gruppen angeboten werden.

Auf Haushaltsjahre bezogen bedeutet dies, dass im Haushaltsjahr 2009 42.292 € und im Haushaltsjahr 2010 vorerst für den Zeitraum bis zum 31.07. 2010 30.625 € vorzusehen sind.

- Gemeinsam mit den Schulen und den interessierten Trägern der freien Jugendhilfe wird das Programm „Sozialpädagogische Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsmaßnahmen für Kinder in der Sekundarstufe I“ soweit weiter entwickelt, dass ab dem Schuljahr 2010 / 2011 die verlässliche Betreuung der Kinder der Sekundarstufe I gemäß dem Auftrag des § 24 Abs. 2 SGB VIII sicher gestellt ist.*
- Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für 2010 ist festzulegen, wie das Programm „Sozialpädagogische Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsmaßnahmen für Kinder in der Sekundarstufe I“ ab 01.08.2010 städtischerseits gefördert wird und welche Haushaltsmittel dafür zur Verfügung gestellt werden müssen.*

Nachrichtlich: Antwort des Fachbereiches 5

Je nach Bedarfsentwicklung – also wie viele Kinder das Betreuungsprogramm an den weiterführenden Schulen in Anspruch nehmen und welche Betreuungszeiten von den Eltern gewünscht werden – sollen entsprechende Mittel für das Programm zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel hierfür sollen durch Einsparungen erwirtschaftet werden. Es sollen möglichst keine Mehrausgaben produziert werden.

9 Raumprobleme der Wilhelm-Wagener-Schule

Herr Dr. Mieke lobt vorab die Verwaltung des Fachbereiches 4 für die kurzfristige Erstellung der statistischen Angaben über Schulen in der Stadt Bergisch Gladbach. Er merkt an, dass diese Statistik mit dem Schulentwicklungsplan aus dem Jahre 1997

nicht übereinstimme. Der Zeitraum für den letzten Schulentwicklungsplan – bis 2010 - sei zu lange gewesen. Die folgenden Pläne würden für kürzere Zeiträume entwickelt. Bezogen auf die Wilhelm-Wagener-Schule sei im jetzigen Schulentwicklungsplan für das Jahr 2005 eine Schülerzahl von 163 und für 2010 eine Schülerzahl von 153 prognostiziert. Die Schule habe aber in diesem Jahre 248 Schülerinnen und Schüler zu betreuen. Diese Abweichung führe zu einem großen Problem. Bedauerlich sei ferner, dass in § 80 des Schulgesetzes kein Zeitrahmen für Schulentwicklungspläne vorgegeben sei. Die Kommune sei also frei in der Wahl der Zeitspanne, für den der Schulentwicklungsplan gelte – 5 oder 15 Jahre. Kürzere Zeiträume seien besser.

Herr Dr. Speer führt aus, dass der Schulentwicklungsplan, der derzeit noch gültig sei, nicht berücksichtige, dass im Jahr 2002 mit dem Rheinisch-Bergischen-Kreis eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Bildung einer Verbundschule abgeschlossen worden sei. Die Stadt Bergisch Gladbach habe als Schulträger im Bereich der erziehungsschwierigen Schüler die Primarstufe übernommen. Dies erkläre die eklatante Abweichung der Schülerzahl nach oben. Bei Gründung der Verbundschule habe es 27 erziehungsschwierige Kinder gegeben, inzwischen seien es 42. Das höre sich erstmal gar nicht so schlimm an, wenn man an die Verhältnisse bei den normalen allgemeinbildenden Schulen denke. Da habe man momentan Klassengrößen von 30 Kindern pro Klassenraum. Allerdings sei bei den erziehungsschwierigen Schülerinnen und Schülern die Zuordnung von Schülern zu Räumen ganz anders. Hier rechne man bei 7 Schülerinnen und Schülern schon einen Raum. Die Raumproblematik sei durch den Anstieg der Schülerzahlen von 27 auf 42 zu Stande gekommen. Durch den Anstieg würden 4 Klassenräume mehr benötigt. Ferner erklärt er, dass die Schulverwaltung mit dem Rheinisch-Bergischen-Kreis Kontakt aufgenommen habe, um gemeinsam eine Lösung dieses Problems, auch eine finanzielle, zu erarbeiten. Herr Dr. Speer weist noch auf den zu diesem Thema erschienenen Zeitungsartikel hin. Dort sei eine Zahl erwähnt, die fern ab von den Zahlen sei, mit denen die Verwaltung plane. In dem Artikel sei ein Raumbedarf von 34 Klassen erwähnt. Dies sei eine idealtypische Größe nach den Schulbaurichtlinien. Bei den allgemeinbildenden Schulen müsse dann aber ebenfalls der Raumbedarf um 10 Räume pro Schule erhöht werden. Herr Hoffmann habe der Presse jedoch auch die Zahl mitgeteilt, die mit der Verwaltung abgestimmt worden sei. Dies seien die geplanten 4 zusätzlichen Klassenräume gewesen. Der Schulleiter sei auch bestrebt, mit der Verwaltung eine realistische Lösung zu erarbeiten.

Herrn Schneeloch merkt an, dass sich durch die Einbeziehung der erziehungsschwierigen Schüler das erhöhte Raumangebot erkläre. 4 zusätzliche Klassenräume ergebe dann eine Gesamtzahl, die weit unter der idealtypischen läge. Die jetzige Schülerzahl von 248 stelle eine Abweichung vom Schulentwicklungsplan dar, die aber nicht nur auf die Erhöhung der erziehungsschwierigen Schüler basiere. Ein Anstieg der Schülerzahlen an Förderschulen sei, wie in der Vorlage erwähnt, landesweit bemerkbar. Er möchte wissen, ob der neue Schulentwicklungsplan schon in Arbeit sei und wann dieser veröffentlicht werde.

Herr Dr. Speer teilt mit, dass die Schulverwaltung als ein erstrebenswertes Haushaltsziel für 2009 die Vorlage eines neuen Schulentwicklungsplanes habe, welcher dem Ausschuss der neuen Legislaturperiode im November 2009 zur Beschlussfassung vorlegt werden solle. Die neuesten Entwicklungen würden mit einbezogen. Eine Planung für die Wilhelm-Wagener-Schule sei aber nach wie vor schwierig, da die Aufnahmen für diese Schule über das Schulamt des Kreises liefen. Die Stadt Bergisch

Gladbach habe darauf keinen Einfluss. Die Zahlen können von Jahr zu Jahr schwanken. Es werde jedoch versucht werden, einen Trend zu entwickeln und diesen dann in den Schulentwicklungsplan einfließen zu lassen.

Herr Willnecker stimmt Herrn Dr. Miede bei. Ein Schulentwicklungsplan über diesen Zeitraum sei einfach zu lange. Es müsse ein Umdenken erfolgen. Die CDU-Fraktion hätte gerne eine Ergänzung bei der Beschlussvorlage. Hinter dem Wort „Ausbaumöglichkeiten“ solle der Zusatz „entsprechend dem Bedarf“ hinzugefügt werden.

Herr Dr. Miede erklärt, dass der Ausschuss somit einen Prüfauftrag an die Verwaltung erteilen würde. Er stellt den Beschlussvorschlag mit dem von der CDU gewünschten Zusatz zur Abstimmung.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

*Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport beauftragt die Verwaltung, Ausbaumöglichkeiten **entsprechend des Bedarfes** der Wilhelm-Wagener-Schule zu prüfen, Kosten zu ermitteln und das Ergebnis in einer der nächsten Sitzungen vorzulegen.*

10 Benennung von städtischen Vertretungen für die Bildungskonferenz

Die CDU-Fraktion schlägt Frau Kristel Bendig vor.

Die SPD-Fraktion schlägt den Vorsitzenden Herrn Dr. Miede vor.

Das Mandat gilt bis zur Neuwahl im Juni 2009. Frau Bendig und Herr Dr. Miede nehmen das Mandat an.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

Benennung von Vertretungen für die Bildungskonferenz

Der Ausschuss benennt Frau Kristel Bendig und Herrn Dr. Wolfgang Miede als Vertreterin / als Vertreter der Stadt in der Regionalen Bildungskonferenz des Rheinisch – Bergischen Kreises vorbehaltlich des Abschlusses eines Kooperationsvertrages zwischen dem Rheinisch – Bergischen Kreis und der Stadt Bergisch Gladbach.

11 Feststellung des Jahresabschluss 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "GL Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach

Herr Willnecker erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimme, obwohl der Fehlbetrag sehr hoch sei. Die Gesellschaft sei ja mittlerweile liquidiert.

Herr Schneeloch teilt ebenfalls die Zustimmung der SPD-Fraktion mit. Die SPD-Fraktion sei ferner der Meinung, dass seitens der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung gut gearbeitet worden sei. Dies möchte er noch einmal ausdrücklich hervorheben.

Frau Koshofer stellt fest, dass der Kulturetat immer zu gering sei und immer ein Fehlbetrag entstünde. Dieser Fehlbetrag würde doch nach 5 Jahren durch die Stadt übernommen. Sie möchte wissen, im wie vielen Jahr man sich denn jetzt befände.

Herr Dr. Speer erläutert, dass sich dies im Grunde erledigt habe. Der Betrieb sei ja liquidiert und somit gebe es auch keinen Fehlbetrag mehr.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

Der Jahresabschluss 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „GL – Kultur / Kulturbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“ wird festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt 3.621.731,68 Euro und ist in Höhe von 3.432.094,00 Euro aus der allgemeinen Rücklage zu decken. Es verbleibt ein Fehlbetrag in Höhe von 189.637,68 Euro, der auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Der Ausschuss beschließt die Entlastung der Betriebsleitung.

@->

12 **Fortbildung in der Musikschule**

Herr Willnecker erklärt, dass dies ein tolles Projekt sei. Er möchte wissen, wie viele Bergisch Gladbacher Lehrerinnen und Lehrer daran teilnähmen.

Herr Herweg erläutert, dass das Projekt innerhalb der Stadt Bergisch Gladbach ausgeschrieben worden sei. Es hätten sich aber auch Kolleginnen und Kollegen aus umliegenden Städten angemeldet. Diese seien auch berücksichtigt worden. Derzeit seien 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in dem Kurs, davon kämen 3, d.h. 10 %, aus anderen Städten. Das Projekt sei sehr gut angenommen worden. Es gebe noch auch noch eine Warteliste.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

13 **Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der Volkshochschule**

Herr Willnecker möchte wissen, was passiere, wenn die Jahresendabrechnung defizitär sei. Wie hoch sei das Risiko pro Gemeinde, wenn die Summe von 16.000 Euro nicht ausreiche.

Herr Dr. Speer erläutert, dass die Volkshochschule anhand der Zahlen der vergangenen Jahre einen Durchschnittsbetrag errechnet habe. Dieser Pauschalbetrag könne in dem einen Jahr unter oder über bzw. gleich dem tatsächlichen Wert sein. Da man sich auf die Pauschallösung geeinigt habe, gebe es für eventuelle Defizite bisher keine Regularien.

Herr Willnecker fragt nach, ob davon ausgegangen werde, dass sich dies im Rahmen halte.

Herr Dr. Speer stellt fest, dass sich die Volkshochschule bisher als ein betriebswirtschaftlich außerordentlich gut aufgestelltes Institut dargestellt habe. Die Volkshochschule sei die Abteilung mit dem geringsten Zuschussbedarf. Die Kalkulation sei sorgfältig erfolgt.

Herr Dr. Mieke schließt sich diesem Lob ausdrücklich an. Er arbeite schon seit vielen Jahren mit Herrn Ludwig zusammen. Herr Ludwig beherrsche den Haushalt meisterhaft. Dies habe auch schon getan, als er noch nicht Leiter der Volkshochschule war.

Frau Koshofer schließt sich der Ausführung von Herrn Dr. Mieke an.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

Es ist beabsichtigt das Abrechnungsverfahren mit den beteiligten Gemeinden Kürten und Odenthal aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und der Kalkulierbarkeit zu pauschalisieren. Der Pauschbetrag soll 16.000 € pro Gemeinde und Jahr für bis zu 800 geplanten Unterrichtsstunden betragen.

Bisher wurde nach Jahresabschluss nach tatsächlichen Einnahmen, Ausgaben und Unterrichtsstunden der tatsächlich zu zahlende Betrag für jede Gemeinde berechnet. Die beiden Gemeinden bringen die Änderungen auch in ihre Gremien ein.

14 **Kulturprojektförderung 1. Halbjahr 2008**

Herr Dr. Miede stellt einleitend fest, dass dies eine ausführliche Vorlage über die Richtlinien zur Kulturförderung sei. Es sei zufrieden stellend, was die Verwaltung im Rahmen der Übertragung geschaffen habe.

Herr Willnecker teilt mit, dass es absolut lobenswert sei, was mit diesen relativ kleinen Beträgen veranstaltet worden sei. Er möchte hier ein herzliches Dankeschön an das Kulturbüro aussprechen.

Dem schließt sich Herr Dr. Miede an.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, dass das Programm wirklich sehr schön sei. Sie habe eine Frage zu den Richtlinien selbst. Sie habe von Herrn Müller-Becker gehört, dass die Richtlinien jetzt eigentlich abgelaufen seien und neu überprüft werden müssten bzw. dass dies schon hätte geschehen müssen. Sie möchte wissen, ob die Richtlinien jetzt noch einmal überprüft und eventuell ergänzt oder verändert würden.

Herr Dr. Speer bestätigt die Aussage, dass die Richtlinien überprüft werden müssten. Auf Grund der Vakanz im Kulturbüro und der Einarbeitungszeit von Frau Weymans sei dies aber noch nicht geschehen. Inhaltlich würde sich aber nicht viel ändern. Die Richtlinien hätten sich bewährt. Dem Ausschuss würden die redigierten Richtlinien selbstverständlich vorgelegt.

Auf Nachfrage von Frau Koshofer zum Namen Müller-Becker teilt Herr Dr. Speer mit, dass die Verwaltung und das Kulturbüro Vorgänge innerhalb des Stadtverbandes Kultur zur Kenntnis nähmen, aber nicht zu kommentieren hätten. Es sei der Stadtverband gefordert, jetzt zu reagieren und sich zu äußern. Dies sei nicht Sache der Verwaltung.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Frau Winkels verlässt die Sitzung.

15 **Antrag der SPD-Fraktion vom 26.08.2008 zur Ausweitung der Schwimmzeiten im Schulschwimmbad Mohnweg**

Herr Neu erklärt, dass die Antwort der Verwaltung zufrieden stellend sei. Eine Ausweitung der Schwimmzeiten im Schulschwimmbad Mohnweg könne nicht erfolgen. Das Kombibad stehe zur Verfügung. Überlegt werden könne jedoch die Einrichtung

eines Pendeldienstes zum Kombibad. Eine Möglichkeit im Schulschwimmbad wäre vielleicht möglich gewesen, wenn sich dies nur auf die Vereinsnutzung beschränken würde. Aber die Vereine hätten hier ja keinen Bedarf.

Herr Willnecker stimmt Herrn Neu zu. Kosten und Aufwand seien nicht realistisch. Eine Prüfung habe aber auch nicht geschadet.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

16 Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

17 Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Scherer fragt bezüglich der Umzäunung der Gemeinschaftsgrundschule und der Katholischen Grundschule in Hand an. Auf Grund der hohen Beschädigungen solle das Gelände umzäunt werden. Da auf diesem Gelände auch die Sporthallen / der Sportplatz lägen und der Schulhof zum Parken durch die Vereine genützt würde, befürchten die Vereine einen Rückgang der Mitglieder auf Grund fehlender Parkmöglichkeiten.

Herr Weirich teilt mit, dass es ein Gespräch zwischen dem Fachbereich 8 und dem Vorstand des Vereins Blau-Weiß-Hand, der Nutzer dieser Hallen und des Sportplatzes sei, gegeben habe. Man stehe hier im Dialog. Es gebe auch Überlegungen, dem Verein Schlüssel für das Tor zu überlassen, damit sie auf das Gelände kommen könnten.

Herr Willnecker teilt mit, dass er einen Brief vom ESV Bergisch Gladbach erhalten habe. Er möchte wissen, ob es da seitens der Sportverwaltung bereits Verhandlungen gebe.

Herr Dr. Speer erläutert, dass der Eissportverein kürzlich an verschiedene Personen einen Brief mit Vorschlägen gesandt habe. Die Sportverwaltung werde diesen Brief entsprechend aufgreifen und mit dem ESV in den Dialog treten, evtl. auch unter Einbeziehung des Stadtsportverbandes.

Herr Willnecker betont, dass der ESV mit diesem Brief Pläne für die zukünftige Nutzung an die Stadt herangetragen habe. Er fragt nochmals nach, ob es schon Gespräche gegeben habe.

Herr Dr. Miede verneint dies. Er und auch die Stadtverwaltung hätten diesen Brief noch nicht erhalten.

Frau Koshofer schließt sich Herrn Willnecker an. Der ESV habe einen sehr interessanten Vorschlag eingereicht, der bedenkenswert sei. Beim Sportentwicklungsplan müsse auch der Eissport berücksichtigt werden.
Herr Dr. Miede bedankt sich für diese Anregung.

Herr Dr. Miede schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.